

Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland
nach Hitler 1945–1950

(Zitierweise: HDG)

Reihe: Soziologie, Beihefte

1

Christoph Cobet (Hrsg.)

Einführung in Fragen
an die Soziologie in Deutschland
nach Hitler 1945–1950

Mit einem Beitrag
Soziologie in Österreich nach 1945

1988

Verlag Christoph Cobet Frankfurt am Main

Christoph Cobet (Hrsg.)

**Einführung in Fragen
an die Soziologie in Deutschland
nach Hitler 1945–1950**

Mit einem Beitrag
Soziologie in Österreich nach 1945

1988

Verlag Christoph Cobet Frankfurt am Main

Inhalt

Vorwort	7
Christoph Cobet Zur Soziologie nach 1945, mit Hinweisen zur Bibliographie	11
Gunzelin Schmid Noerr und Alex Demirović Grundzüge der Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland zwischen 1918 und 1950	36
Alex Demirović Die Hüter der Gesellschaft. Zur Professionalisierung der Soziologie in Westdeutschland 1945–1950	48
Helmut Steiner Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands	76
Ilja Srubar Es wurde kein Kalb geschlachtet... Sozialwissenschaftliche Emigration und Deutschland vor und nach 1945	95
Michael Neumann Leopold von Wiese über Th. W. Adornos u. a. „Authoritarian Personality“	115
Christian Fleck Soziologie in Österreich nach 1945	123

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach
Hitler 1945–1950 / Christoph Cobet (Hrsg.). mit e. Beitr.
Soziologie in Österreich nach 1945 / [Christian Fleck]. –
Frankfurt am Main : Cobet, 1988**

(Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945 –
1950 : Reihe: Soziologie ; Beih. 1)
ISBN 3-925389-03-2

NE: Cobet, Christoph [Hrsg.]; Fleck, Christian: Soziologie in Österreich
nach 1945; Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler
1945 – 1950 / Reihe: Soziologie

© 1988 Verlag Christoph Cobet, Frankfurt am Main
Alle Rechte vorbehalten. Fotomechanische und sonstige Wiedergabe nur mit
ausdrücklicher Genehmigung des Verlages
Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn
Reproduktion, Druck, buchbinderische Verarbeitung:
Weihert-Druck GmbH, Darmstadt
Printed in Germany

von Christian Fleck

I

Wie man's auch dreht und wendet – am Ende des Annäherungsversuchs steht man vor einem Resultat, das man schon als Vormeinung hatte: In den Anfangsjahren der Zweiten Republik gab es keine Soziologie. Diejenigen, die in der Zwischenkriegszeit zur Entfaltung dieser Disziplin beigetragen hatten, waren nicht mehr da; Dagebliebene publizierten keine soziologischen Arbeiten und lebten (nicht ganz freiwillig) zurückgezogen fernab der Universitätsstädte und was als „Soziologie“ auf den Markt kam, verdiente schon damals diese Kennzeichnung nicht, um so weniger heute. Die Namen der Verfasser dieser Schriften findet man denn auch selten in Nachschlagewerken oder Geschichten der Soziologie. Allenthalben stößt man auf sie im theologischen Umfeld oder in Arbeiten, die merkwürdigen Seitensträngen der Geistesgeschichte gewidmet sind. Neben Autoren, die sich, gleichsam in ihrer Freizeit, mit soziologischen Themen befaßten, wirkten solche, die das damals offenkundig beliebte Etikett „soziologisch“ für ihre philosophischen, volkswirtschaftlichen oder der christlichen Soziallehre verpflichteten Traktate verwendeten – aber Soziologen, die aus einem wenigstens umrißhaft gemeinsamen Selbstverständnis dieses Faches heraus und innerhalb einer Organisation von Lehre und Forschung agierten, findet man nicht. Waren, so ist zu fragen, die Nationalsozialisten also „wenigstens“ in dem Land, das Hitler politisch sozialisiert hatte, mit ihrem antisozziologischen Affekt politisch erfolgreich geblieben? Doch, wenn das NS-Herrschaftssystem die Soziologie Österreichs zerstört haben sollte, warum zeitigte dieser Eingriff Langzeitwirkungen über das Ende der NS-Diktatur hinaus? Warum kam es nach der Befreiung zu keiner Re-Konstituierung der Soziologie? Kurz: Wenn es nach 1945 in Österreich keine Soziologie gab, warum gab es sie nicht? Antworten auf diese Fragen, so vorläufig sie auch ausfallen mögen, muß man – und das ist die These der folgenden Ausführungen – vor allem im politisch-kulturellen System Nachkriegsösterreichs suchen, wo es einer Partei gelang, eine monopolistische Verfügung über das Wissenschaftssystem zu erlangen und diese auf Jahre hinaus zu sichern.

II

Zwei Bündel von Bedingungen, die für die Entwicklung der Soziologie nach 1945 wichtig waren, müssen auseinandergelassen werden. Einerseits langfristige Kontinuitäten im Wissenschaftssystem, die zumindest in die Erste Republik wenn nicht noch weiter zurückzuverfolgen wären und andererseits die innen- und außenpolitische Konstellation in den ersten Nachkriegsjahren, auf die zuerst eingegangen werden soll.

- Verhandlungen des 8. Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt a. M., 1948 Tübingen
- WEYER, J., 1983: *Die Entwicklung der westdeutschen Soziologie von 1945 bis 1960* in ihrem institutionellen und gesellschaftlichen Kontext, Diss. Marburg/Lahn; als Buch erschienen unter dem Titel: *Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluß*, Berlin 1984
- WIESE, L. v., 1950a: Studien über das Vorurteil, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 3. Jg. 1950/51
- 1950b: Horkheimer, Max und Flowerman, Samuel H.: *Studies in Prejudice*, New York 1950, Bd. II bis V der Studien, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 3. Jg. 1950/51
- 1950c: *Soziologie und Psychoanalyse*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 3. Jg. 1950/51
- 1951: *The Place of the Social Science in Germany Today*, in: *The American Journal of Sociology*, Vol. LVII, 1951
- WIGGERSHAUS, R., 1986: *Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung*. München, Wien

1945 und in den folgenden Jahren befand sich Österreich in einer Situation, die man mit einigem Recht mit einem Begriff der Sozialpsychiatrie als eine dem double-bind entsprechende kennzeichnen kann. 1943 waren die Alliierten über eingekommen, dem damals nichtexistenten Österreich nach Kriegsende den Status eines befreiten Landes zuzugestehen. Zugleich wurde Österreich schon zu diesem Zeitpunkt an seine Mitverantwortung für die Hitlerschen Eroberungsfeldzüge erinnert¹. Diese Doppelbotschaft der Moskauer Deklaration blieb zehn Jahre lang zentrales Moment der Beziehungen zwischen der österreichischen Regierung und den vier Alliierten. Während sich die Bundesregierung diesen gegenüber nach Kräften bemühte, den Status, erstes Opfer hitlerdeutscher Aggression gewesen zu sein, unter Beweis zu stellen, und zu diesem Zweck beispielsweise ein „Rot-weiß-rot-Buch“² herausgab, in welchem unter starker Strapazierung der historischen Wahrheit, die Opfer, die Österreich zu verzeichnen hatte, aufgelistet wurden, agierte man innenpolitisch gegenteilig: Schon bald beklagte man die willkürlichen Eingriffe der Besatzungsmächte und verkündete, daß man selbst in der Lage sei, sein Haus in Ordnung zu halten. Strichen Österreichs Politiker den ausländischen Mächten gegenüber den spärlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus hervor, so bemühten sie sich nach innen, die Gemeinsamkeiten zu maximieren, was nicht anders möglich war, als den Widerstand, der ja auch gegen österreichische Exponenten des NS-Systems gerichtet war, herunterzuspielen³: Konsensbildend war das kollektive Erlebnis der militärischen Niederlage, der ökonomischen Devastierung – obwohl diese im Vergleich zu Deutschland geringer war⁴ – und der fremden Besatzungsmächte.

Die politische Elite Nachkriegsösterreichs handelte nach außen anders als nach innen und war obendrein mit widersprüchlichen „Botschaften“ konfrontiert: Während die Mehrheit der Bevölkerung am Nationalsozialismus nur die schlechte Verwirklichung vorgeblich akzeptabler Ziele der Kritik ausgesetzt sehen wollte⁵, sich also gegenüber Hinweisen auf österreichische (Mit-)Schuld am Nationalsozialismus immunisierte, forderten die Alliierten (wenigstens anfangs) ein diesbezügliches Einbekenntnis als Gegenleistung für die im Vergleich zu Deutschland günstigere Behandlung. Auf diese Situation reagierte die politische Elite mit der „Entdeckung“ der österreichischen Nation, die dem „Preußischen“ antithetisch gegenübergestellt wurde. Die falsche Identifizierung des Nationalsozialismus mit Preußen – der „Piefke“ war nun zugleich die Inkarnation des Nazis – und beider mit dem Deutschen wurde zum Ausweg aus dem doppelten Dilemma⁶.

Eine starke Förderung erfuhren diese sozialintegrativen Bemühungen schließlich von Beginn an dadurch, daß es eine österreichische Zentralregierung gab. Wenige Tage nach der Befreiung Wiens und zwei Wochen vor der deutschen Kapitulation wurde in Wien von den drei rasch wiedererrichteten Parteien, SPÖ (Sozialistische Partei Österreich), ÖVP (Österreichische Volkspartei) und KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) eine provisorische Staatsregierung unter der Leitung des greisen Sozialdemokraten Karl Renner gegründet, die zwar erst im Herbst des Jahres 1945 auch von den Westalliierten anerkannt wurde, aber von Beginn an den Anspruch erhob, für ganz Österreich zuständig zu sein⁷. Der traditionell starke Zentralismus österreichischer Politik und Verwaltung⁸ unter-

stützte diese Entwicklung. Nach den schon im November 1945 abgehaltenen Nationalratswahlen konnte der neuen Konzentrationsregierung der drei Parteien, nunmehr unter Führung des ÖVP-Kanzlers Leopold Figl, der Anspruch auf alleinige Zuständigkeit für die Belange Österreichs nicht mehr streitig gemacht werden. Schrittweise zogen sich die Alliierten auf eine Kontrollfunktion und Vektorolle zurück, die im Kalten Krieg noch dadurch geschwächt wurde, daß Einstimmigkeit Voraussetzung offizieller alliierter Intervention war.

Diese Konstellation führte zu einer Stärkung der in ihrer Souveränität bis 1955 begrenzten Regierung, wofür allerdings der Preis innenpolitischen Stillhaltens zwischen den beiden Großparteien zu zahlen war. Aus der phasenweise nicht unrealistischen Erwartung heraus, bald einen Staatsvertrag mit den alliierten Besatzern abschließen zu können, vertagte man die Austragung historisch und tagespolitisch strittiger Fragen auf die Zeit danach. Damit wurde insbesondere der Konflikt zwischen den Sozialdemokraten und den Konservativen wegen der ständestaatlichen Diktatur 1933 bis 1938, von welcher die Arbeiterbewegung illegalisiert worden war, latent gehalten. Während die SPÖ wiederholt ankündigte, diesen Konflikt nach dem Abzug der Besatzungsmächte – den man, wie gesagt, rascher kommen sah, als er dann faktisch eintrat – zu thematisieren, verhielt sich die konservative Seite defensiv. Der von ihr gestellte Bundeskanzler Figl war obendrein als Person gut geeignet, integrativ zu wirken, da er während des Austrofaschismus keine prominenten Funktionen innehatte und als KZler einiges moralisches Kapital ins Treffen führen konnte. Den führenden Männern der SPÖ kam die Kultivierung des „Geistes der Lagerstraße“ – also die Berufung auf die Läuterung der ehemaligen Gegner während der gemeinsam verbrachten KZ-Haft – nicht ungelegen, konnten sie doch damit etwas beanspruchen, was sie individuell nicht erlitten hatten: Die Nationalsozialisten verbrachten von der nichtkommunistischen Linken nur die Juden und die Aktivisten der „jungen“, illegalen Partei („Revolutionäre Sozialisten“, in der Zeit zwischen 1934 und 1938) ins KZ, während die „arische“ Prominenz der alten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPÖ) während der NS-Zeit weitgehend unbehelligt blieb. Der Kompromiß zwischen den beiden großen Parteien ging schließlich im Kalten Krieg in einen Konsens über, als man die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme beschwor, um sie um so wortgewaltiger besiegen zu können. In dieser Lage stieß selbst der Ausgang eines Machtkampfes innerhalb der ÖVP, aus dem der wegen seiner Heimwehrvergangenheit in die erste Nachkriegsregierung nicht aufgenommene Julius Raab siegreich hervorging und die Kanzlerschaft übernahm, auf keine Ablehnung des Koalitionspartners mehr.

Der politische Diskurs der Nachkriegsjahre ist in Österreich weder von einer Auseinandersetzung mit der „Katastrophe“ des Nationalsozialismus geprägt, noch wurde versucht, aus dem Weg, der zum NS-Staat führte, Konsequenzen für die Zukunft abzuleiten – etwa vergleichbar der Diskussion um das Grundgesetz in der BRD. Vielmehr wurde ohne Zögern der politische (Verfassungs-)Rahmen der Ersten Republik wieder in Geltung gesetzt und bei allen Hinweisen auf offene Fragen und schwelende Konflikte wurde auf später vertröstet⁹. Bei dieser Restauration ging die politische Rechte in allen vor 1934 kontroversen Fragen automatisch als Siegerin hervor, weil Bedingungen und Mechanismen wieder in Kraft

gesetzt wurden, die die Rechte in der Ersten Republik der Sozialdemokratie in einem jahrelangen Kampf abgetrotzt hatte – all das wurde nach 1945 zuerst außer Streit gestellt und danach sukzessive zur Selbstverständlichkeit¹⁰. Das große Zugeständnis an die SPÖ – die Verstaatlichung der Banken, der Grundstoff- und Schwerindustrie – entpuppt sich bei näherem Hinsehen als nur halb so bedeutend, ging es doch praktisch nur um die Verstaatlichung von „deutschem Eigentum“, das anderenfalls den Alliierten zugefallen wäre¹¹.

Der stillschweigende politische Kompromiß zwischen den einstigen Bürgerkriegsgegnern zeitigte auch in anderen Sektoren der österreichischen Gesellschaft nachhaltige Folgen: 40 Jahre lang konnten sich die Österreicher einer Diskussion über die Zeit vor 1945 entziehen¹². Für unseren Zusammenhang von größerer Bedeutung ist die am Beginn der Zweiten Republik erfolgende Grundsteinlegung der später so genannten Proporzdemokratie¹³: Ministerien und die damit verknüpften Verwaltungssegmente wurden zwischen den beiden Großparteien aufgeteilt und blieben als Hoheitsgebiete von Ansprüchen und Interventionen der anderen Seite weitgehend verschont.

III

Vor dem Hintergrund der eben skizzierten Kontinuität in Verfassung und Verwaltung überrascht es wenig zu hören, daß auch im intellektuellen Bereich eine vergleichbare Entwicklung Platz griff. Die formale Ähnlichkeit könnte allerdings übersehen lassen, daß hier keineswegs eine der markanten und geistesgeschichtlich bedeutsamen Strömungen der Zwischenkriegszeit wieder aufgenommen wurde. Vielmehr eroberte jene Strömung die Vorherrschaft, die in den Jahren vor 1938 am besten in den Institutionen verankert war und sich *während* der NS-Zeit nicht massiv diskreditiert hatte; ihre „weiße Weste“ verunstalteten die Katholiken nachhaltig erst nach 1945 als sie, sei es aus der Überzeugung heraus, vergeben zu sollen, sei es aus purem Interesse an Machterhaltung und -ausweitung früheren Nationalsozialisten Betätigungsmöglichkeiten einräumten. Um diesen Vorgang in seiner historischen Dimension zu erfassen, ist es nötig, die intellektuelle Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert zu resümieren. Die geistesgeschichtlich ausgerichtete Literatur – und andere gibt es kaum – ist bekanntlich voll des Lobes für das geistige Leben (vor allem:) Wiens vom fin de siècle bis zum Machtantritt des oder richtiger der Faschismen¹⁴. Was von ihr dabei geflissentlich übersehen wird, ist das differente Ausmaß der institutionellen Verankerung der Protagonisten dieser Blüte. Die naheliegende Frage, wer was unter welchen sozialen Bedingungen schuf, wird von dieser Literatur höchstens gestreift. Dabei läßt sich gerade am österreichischen Beispiel die Abhängigkeit der Institutionalisierungschance einzelner Schulen von den politischen Rahmenbedingungen vorzüglich nachweisen.

Stark vergrößert kann man die Gesellschaftsgeschichte Österreichs vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die 30er Jahre als Wechsel der Hegemonie, als Aufeinanderfolge und gelegentliche Parallelführung dreier soziokultureller Milieus und damit liierter politischer Strömungen darstellen, welchen jeweils andere

sozialwissenschaftliche Schulen verbunden waren. Die unterschiedlichen zeitlichen Wirkungshorizonte – also der Zeitraum, bis zu welchem von einer politischen Partei bzw. einer wissenschaftlichen Schule Einfluß ausgeübt werden konnte – führten allerdings dazu, daß gelegentlich von Sozialwissenschaftlern noch Wirkungen ausgingen, als die korrespondierende politische Bewegung schon abgetreten war. Der österreichische Liberalismus förderte die Entstehung der Grenznutzenlehre, deren erste und zweite Generation (Böhm-Bawerk, Carl Menger, Philippovich, Wieser) die Lehrstühle eroberten und damit zur Tradierung ihrer Lehrmeinung wesentlich beitrugen. Doch schon in der dritten Generation (Mises, Hayek, Morgenstern, Machlup) funktionierte dieses akademische Avancement nicht mehr; die Lehrstühle erklommen Gegner der Neoklassik, wie Othmar Spann, oder unbedeutendere Adepten der Wiener Schule, wie Mayer und Degenfeld-Schonburg. Die Verdrängung der produktiveren Grenznutzentheoretiker auf nichtbeamtete Dozenten zeigt den Wechsel zur Hegemonie des christlich-sozialen Milieus an, das im Lauf der Ersten Republik zwar Differenzierungsprozessen ausgesetzt war und Kompromisse und Koalitionen mit den Deutschnationalen eingehen mußte, welches aber kraft Usurpation der Regierung in ihrem Sinn Wissenschaftspolitik machen konnte. Vor allem die Inthronisierung Spanns, der für Politische Ökonomie und Gesellschaftslehre von 1919 bis 1938 zuständig war, beleuchtet diesen Vorgang deutlich. Die traditionell deutschnational dominierten Hochschulen, die christlich-sozialen Regierungen und die endemisch antisemitisch eingestellten Akademiker fanden in ihm ihre Leitfigur, was Spann um so leichter gelang, als er eine beachtliche politische Wandlungsfähigkeit besaß. Seiner Wendigkeit ist es geschuldet, daß unter seinen Schülern, die er erfolgreich an den Universitäten plazieren konnte, alle Schattierungen des antidemokratischen Lagers der Zwischenkriegszeit zu finden sind: Romantiker, Ständestaatler, Wegbereiter des Faschismus und Katholiken¹⁵.

Dem dritten Lager, der Arbeiterbewegung und dem Austromarxismus, dessen intellektuelle Häupter bei Menger, Böhm-Bawerk und dem Kathedersozialisten Carl Grünberg studiert hatten, gelang es wegen seiner politischen Schwäche nach dem Auseinanderbrechen der Koalitionsregierung 1920 nicht, in den Universitäten Fuß zu fassen, sieht man von der Ernennung Max Adlers zum nichtbeamteten Professor 1919 ab. Die Antwort, die die Sozialdemokratie auf die Marginalisierung in der Bundespolitik fand, hatte auch Auswirkungen auf das intellektuelle Leben: Der Rückzug auf die Enklave „Rotes Wien“ und die Organisationen der Arbeiterbewegung hatte eine Hinausverlagerung der sozialwissenschaftlichen Aktivitäten aus den Universitäten zur Folge. Die Anfänge der Sozialforschung „ressortierten“ daher in Institutionen, die von Sozialdemokraten verwaltet wurden: Käthe Leichter leitete das Frauenreferat der Wiener Arbeiterkammer, in welcher auch andere Sozialwissenschaftler Beschäftigung und Publikationsmöglichkeiten fanden (Benedikt Kautsky, Albert Lauterbach u. a.). Rund um Paul Lazarsfeld sammelte sich eine Gruppe junger Sozialisten, welche eine fruchtbare Assoziation mit dem sowohl an der Universität wie bei der Gemeinde Wien beschäftigten Psychologenehepaar Charlotte und Karl Bühler einging. Otto Neuraths Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum und die Wiener Volkshochschulen waren weitere Betätigungsfelder für Sozialwissenschaftler (Edgar Zilsel, Adolf

Kozlik, Eduard März u. a.). Nicht nur der Vollständigkeit halber, sondern auch um den Unterschied in der Offenheit der Rekrutierungspolitik aufzuzeigen, sei erwähnt, daß das außeruniversitäre Rückzugsgebiet der Ökonomen der Wiener Schule, das 1926 gegründete Institut für Konjunkturforschung, auch Linke, wie Alexander Gerschenkron, beschäftigte – von den Universitäten läßt sich Vergleichbares nicht sagen. Gegenüber diesen institutionellen Kristallisationspunkten verblaßte die von einzelnen ausgehende Wirkung: Weder Ludwig Gumprowicz noch Joseph Schumpeter, um nur die Wichtigsten zu nennen, hinterließen institutionell Spuren und waren demgemäß wenige Jahre nach dem Tod oder Weggang am Ort ihres langjährigen Wirkens – der Universität Graz – vergessen.

Dieser knappe Überblick über unterschiedliche Formen und Grade der Institutionalisierung von Soziologie im Österreich der Ersten Republik und deren Abhängigkeit von politischen Konstellationen macht deutlich, daß es nur einer Richtung gelang, Positionen zu erobern, die gegenüber politischem und Generationenwandel hinlänglich immun waren: die sogenannte universalistische Schule rund um Othmar Spann. Die außeruniversitären Bemühungen der Sozialdemokraten gingen gemeinsam mit der Arbeiterbewegung im Februar 1934 unter, wurden verboten, ständestaatlicher Kontrolle unterworfen oder mußten den Betrieb mangels Finanzen schließlich einstellen. Der klerikale Faschismus der Jahre 1934 bis 1938 vollzog eine „zweite Gegenreformation“¹⁶, die gerade in Kultur und Wissenschaft alsbald Wirkungen zeitigte. Die wenigen liberalen und linken Universitätslehrer wurden ihrer Lehrfreiheit beraubt oder durch ad hoc erlassene Vorschriften aus der Universität verdrängt: Max Adler konnte nur noch über Erkenntnistheorie vortragen, Sigmund Freud und Heinrich Gomperz wurde die Lehrbefugnis entzogen. Eine erste Emigrationswelle war die Reaktion: Paul Lazarsfeld (1933 bzw. 1935 in die USA), Karl Polanyi (1934 nach Großbritannien), Otto Neurath (1934 nach Holland), Marie Jahoda (1937 nach Großbritannien) u. a. m.¹⁷ Innerhalb der Universitäten regierten bereits die illegalen Nationalsozialisten, Spann und seine Getreuen distanziierten sich vom Ständestaat und pendelten mit ihren Sympathien zwischen dem italienischen Faschismus und dem Nationalsozialismus hin und her. Symptomatisch für das damalige Klima ist, daß der Sozialkatholik Ernst Karl Winter, in diesen Jahren 3. Bürgermeister der Stadt Wien und vom Regime mit Befriedigungsmaßnahmen Richtung Arbeiterbewegung beauftragt, also ein loyaler Mann des Ständestaates, wegen seiner dezidiert antinazistischen Haltung mit einem Habilitationsversuch scheiterte¹⁸.

Am Ende der Ersten Republik waren alle sozialwissenschaftlich bedeutsamen Schulen mehr oder weniger ins Abseits gedrängt, ihr Ende kraft staatlichen Einflusses nahe: die „Reine Rechtslehre“ Hans Kelsens, der schon 1930 Österreich verlassen hatte; der logische Positivismus des Wiener Kreises, dessen „Verein Ernst Mach“ 1934 verboten wurde und dessen Mentor Moritz Schlick 1936 auf den Treppen der Wiener Universität ermordet wurde; die liberalen Ökonomen, die sukzessive ihrem führenden Kopf, Ludwig von Mises, ins westliche Ausland folgten; Individualpsychologie und Psychoanalyse kamen ebenso unter Druck wie die Schüler der Bühlers, welche mehrheitlich schon vor dem Anschluß im März 1938 das Land verließen; daß der Austromarxismus kriminalisiert war, versteht sich schon von selbst.

Dagegen gewannen die Rassekundler und Ahnenforscher, die universalistischen Wesensschauer und Naturrechtler während des Ständestaates Terrain – und entpuppten sich nach 1938 sehr oft als langjährige illegale Nationalsozialisten. Die Machtübernahme der Nazis vollendete und radikalisierte diesen Prozeß der Verdrängung aufklärerischer Positionen. Die ihrer intellektuellen Freiheit Beraubten verloren nun auch die materielle Existenz – und oft genug ihr Leben.

In den sozialwissenschaftlichen Disziplinen wurden Entlassungen etwa zu gleichen Teilen wegen der Bestimmungen der Nürnberger Gesetze und wegen politischer Unzuverlässigkeit ausgesprochen, während beispielsweise in der Medizin nahezu alle Entlassenen Juden waren. Zu den aus politischen Gründen Gemäßregelten zählten u. a. die deklarierten und bekannten Anhänger bzw. Funktionäre des Ständestaates, von denen aber nur eine Minderheit in die Emigration ging: Ernst Karl Winter, Josef Dobretsberger, Johannes Messner, Johann Mokre und Erich Voegelin¹⁹. Den meisten Spannianern nutzte die jahrelange Entrichtung von Mitgliedsbeiträgen an die NSDAP und andere Liebedienereien in diese Richtung wenig – die „Mohren“ mußten gehen²⁰.

In die frei gewordenen Positionen zogen während der siebenjährigen NS-Herrschaft in Österreich zum Teil recht prominente Sozialwissenschaftler ein, je zur Hälfte gebürtige Österreicher und Reichsdeutsche: Adolf Günther, Gunther Ipsen, Arnold Gehlen, Otto Zwiedineck-Südenhorst, Friedrich Gottl-Ottlilienfeld, Werner Conze, Otto Brunner, Hermann Roeder, Alfred Peters, Hans Bobek, Franz Ronneberger und Oskar Paul Hausmann waren an ostmärkischen Universitäten und Forschungsinstituten engagiert. Die Geschichte der Sozialwissenschaften in Österreich während der NS-Herrschaft ist noch nicht aufgearbeitet, so daß Hinweise auf einige Akteure genügen müssen. Sie machen allerdings deutlich, daß keineswegs disziplingeschichtlich Unbedeutende am Werk waren, auch wenn hinsichtlich der Gegebenheiten in Österreich die Frage offenbleiben muß, ob deren Tätigkeit als soziologische zu qualifizieren ist oder vielmehr, worauf René König nachdrücklich hingewiesen hat, nur als Kontinuität der handelnden Personen betrachtet werden kann²¹: Gehlen, der den Lehrstuhl des Philosophen Robert Reininger übernahm, veröffentlichte während seiner Wiener Zeit sein anthropologisches Hauptwerk „Der Mensch“, das aber ziemlich sicher nicht in Wien entstanden ist; Werner Conze habilitierte sich in Wien vermutlich mit seiner Untersuchung über „Agrarverfassung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland“, der Heerespsychologe Peter R. Hofstätter erwarb ebenfalls in Wien eine Dozentur, Otto Brunner schrieb in Wien jenes Werk, das ihn später – nach einer terminologischen Bereinigung²² – zum deutschen Begründer der Strukturgeschichte werden lassen sollte. Ipsen fand wenig Zeit zu lehren oder zu forschen, da er zumeist begeistert „im Felde“ war. In seine Wiener Zeit fällt aber die Mitbegründung einer „Europäischen Gesellschaft für ländliche Soziologie“ und die Fortführung seiner Mitherausgeberschaft der „Zeitschrift für Volkskunde“ bis zu deren Einstellung²³. Zwiedineck-Südenhorst leitete zeitweilig das Konjunkturforschungsinstitut und Gottl übernahm 1940 die Leitung des Forschungsinstituts für Deutsche Volkswirtschaftslehre in Graz²⁴.

Manches ist mittlerweile über die Soziologie und die Soziologen im National-

sozialismus erforscht, vieles bedarf noch der Erarbeitung. Mit Bezug auf die in Frage stehende österreichische Wissenschaftsgeschichte läßt sich das Urteil, der Nationalsozialismus habe in Österreich die Soziologie nicht zu einem gewaltsam Ende gebracht, weil sie schon vorher ihrer Betätigungsmöglichkeiten beraubt wurde, auf der Grundlage des bisher erschlossenen Materials vorläufig bestätigen.

In welcher Weise während des Nationalsozialismus intellektuelle Entwicklungen weitergeführt wurden oder nicht, kann man dagegen gegenwärtig nicht mit Sicherheit sagen. Auffallend ist allerdings, daß Werke, die in dieser Zeit entstanden, nachhaltigere Wirkung zeitigten als beispielsweise die Veröffentlichungen der darauffolgenden Dekade. Die Auswechslung des Personals nach 1938 wirkte sich in der Soziologie allerdings nicht direkt auf die Nachkriegssituation aus, wie im folgenden zu zeigen sein wird. Die relativ kurze Zeitspanne, die äußeren Bedingungen des Krieges und die administrativen Maßnahmen nach 1945 erlauben es daher, von einem Zwischenspiel des Nationalsozialismus zu sprechen; ein Zwischenspiel, das jedoch eine Erbschaft hinterließ, deren sich nur einer von mehreren denkbaren Erben bemächtigte: die Gruppe der 1938 Entlassenen, die Österreich nicht verließen, vermehrt um sehr selektiv aus dem Lager der „minderbelasteten“ Nationalsozialisten und aus dem Lager der katholischen Emigration Kooptierte.

IV

Die Beseitigung der Nationalsozialisten aus Österreichs Universitäten in den Jahren nach 1945 erfolgte in sehr ambivalenter Weise, wobei die Ausgangslage durchaus prekär war: Nur ein Drittel der Hochschullehrer wurde als „unbelastet“ eingestuft. Das am 8. Mai 1945 erlassene Verbotsgesetz sah die Enthebung aller NSDAP-Mitglieder und aller reichsdeutschen Lehrkräfte vor. Während der NS-Zeit erfolgte Ernennungen zu Honorarprofessoren und Privatdozenten sollten für ungültig erklärt werden²⁵. Diese in ihren Grundzügen nicht nur für die Universitäten geltenden Bestimmungen hätten also die Entlassung der Mehrheit der Lehrenden zur Folge haben müssen, wozu es allerdings nicht kam. Eine im Herbst 1945 für den Universitätsbereich erlassene Durchführungsverordnung zum Verbotsgesetz öffnete das erste Schlupfloch: Demnach waren im Interesse der Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs von einer Sonderkommission, der nicht-belastete Universitätsangehörige und Beamte des Unterrichtsministeriums angehörten, Einzelfallprüfungen vorzunehmen.

Ohne hier auf Details einzugehen, sollen die wichtigsten Mechanismen jener Entnazifizierung angeführt werden, die schlußendlich zu einer, was die personelle Zusammensetzung anlangt, partiellen Renazifizierung im Gewand katholischer Restauration führten:

1. Am konsequentesten wurde die Entfernung der sogenannten Reichsdeutschen, also jener Personen, die vor dem Anschluß die Staatsbürgerschaft des Deutschen Reiches besaßen und nach 1938 in Österreich Stellen übernahmen, betrieben. Zu den solcherart Entlassenen zählten Gehlen, Ipsen und Günther.

Zwar nicht diese drei, aber viele andere kehrten nach einigen Jahren der Verbannung dennoch an österreichische Hochschulen zurück.

2. Relativ konsequent wurden auch jene entfernt, die 1938 Professuren „arisiert“ hatten, sofern der damals Leidtragende seine Wiedereinsetzung beantragen konnte und wollte. Wurde diese Forderung nicht erhoben und bzw. oder war der „Ariseur“ kein rabiater Nationalsozialist, verblieb er meist auf seiner Professur. Einer der seine Wiedereinsetzung aus der Emigration betrieb und Erfolg hatte, war Josef Dobretsberger; Karl Bühler hingegen scheiterte an einer Intrige²⁶.

3. Die zitierten Sonderkommissionen bzw. das Unterrichtsministerium sprachen in der Regel recht milde Urteile aus, die es den meisten erlaubten, nach wenigen Jahren – gelegentlich auch schon nach Monaten – des Abwartens die Wiederverleihung ihrer Dozentur oder die Aufhebung der Außerdienststellung zu erleben.

4. Viele jener, die diese Wartezeit nicht in Kauf nehmen wollten, setzten sich ins Postenkarussell, das sie dank persönlicher Netzwerke alsbald an einer anderen, meist westdeutschen Universität als Professor verließen. Dazu zählen aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich Otto Brunner (1954 nach Hamburg, wohin Werner Conze schon Jahre vorher berufen wurde), Franz Ronneberger (nach München, später Nürnberg-Erlangen), Hans Bobek (1946 Freiburg, 1949 wieder Wien) – und natürlich Gehlen und Ipsen.

5. Einige wenige schafften den Wiedereinstieg nicht: Othmar Spann und Adolf Günther sind hier zu nennen; ersterer verstarb 1950, letzterer zog sich grollend in die Frühpension zurück, nachdem eine Rechtfertigungsschrift des Parteimitglieds an der Tatsache seiner Entlassung nichts zu ändern vermochte.

6. Der sicherste Weg, der zum Verbleiben in der einmal erreichten Position führte, war die Beibringung von „Persilscheinen“, was in der Regel durch (Wieder-)Entdeckung des (zwischenzeitlich verlorenen) Glaubens vonstatten ging.

7. Einige wenige, die diesen Kotau verweigerten, gingen nach ihrer Entlassung ins westliche Ausland; prominentestes Beispiel dafür ist Ludwig v. Bertalanffy.

Diese hier mit Bezug auf das gesamte Wissenschaftssystem skizzierten Mechanismen der Entlassung und Wieder-Indienststellung führten im Bereich der Soziologie zu einem von der Gesamtentwicklung ein wenig abweichenden Resultat. Wie schon in der Ersten Republik kam es nach 1945 nur zu einer schwachen (Re-)Institutionalisierung der Soziologie an Österreichs Universitäten, woran vornehmlich die geringe Verankerung in den Lehrplänen und das Fehlen selbstbewußter Vertreter des Faches Soziologie, die willens und in der Lage gewesen wären, ihrer Disziplin ein Existenzrecht zu erkämpfen, verantwortlich waren. Erschwert wurde die universitäre Etablierung des Faches wohl auch durch die ökonomische Lage Nachkriegsösterreichs, die eine Expansion ermöglichende Dotierung des Wissenschaftssystems kaum zuließ und zu einer notorischen finanziellen Unterversorgung der Hochschulen führte. Als eigene Studienrichtung wurde Soziologie erst Mitte der 60er Jahre eingerichtet, bis dahin war das Fach nur im Rahmen des staatswissenschaftlichen Studiums, obendrein auch darin eher marginal, vertreten. Daneben bestand an den philosophischen Fakultäten dann die Möglichkeit, eine soziologische Dissertation zu schreiben, wenn wenigstens ein Fachvertreter am Ort war. Die genannte triste finanzielle Situation sollte

aber nicht zur Auffassung verleiten, es hätte überhaupt kein Handlungsspielraum bestanden. Die jahrelangen Vakanzen zahlreicher Lehrstühle bestanden nämlich nicht, weil kein Geld vorhanden gewesen wäre, einen Professor zu bezahlen, sondern vor allem, weil man keine „geeigneten“ Personen fand.

V

Wenden wir uns vorerst dem universitären Lehrpersonal zu, von dem man sagen kann, daß es gemäß dem damaligen Selbstverständnis zu den Soziologen zu zählen war. An der Universität Wien wurde unmittelbar nach der Befreiung August M. Knoll, dem 1938 die Lehrbefugnis entzogen worden war, wieder eingesetzt: Anfangs als Privatdozent, ab dem Wintersemester 1946/47 als beamteter Extraordinarius. Knoll, dessen Stelle 1950 in ein Ordinariat umgewandelt wurde, war bis zu seinem Tod 1963 der führende Vertreter des Faches Soziologie in Österreich, eines Faches, das allerdings in den Studienplänen und im Vorlesungsverzeichnis immer noch als „Gesellschaftslehre“ aufschien. Knoll, der sich 1934 unter Spann habilitiert hatte, las zwischen 1945 und 1950 zu folgenden Themen: „Haupttheorien der modernen Gesellschaftslehre“ (eine mehrfach abgehaltene Vorlesung), sowie Vorlesungen zu „Probleme(n) der Religionssoziologie“ und über „Die soziale Ideengeschichte des Katholizismus und Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert“ und regelmäßig „Soziologische Übungen“. Neben Knoll lehrte an der Juridischen Fakultät ein weiterer Privatdozent, der wiederholt Einführungen in die Geschichte der (neueren) Soziologie und in die Sozial- (und Massen-)Psychologie, sowie Vorlesungen über „Soziologie und Existenzialismus“ anbot. Außerdem las durch drei Semester der aus der Emigration in der Sowjetunion, wo er sich 1940 habilitiert hatte, zurückgekehrte Leo Stern. Stern, der bis zu seiner Emigration 1934 Sozialdemokrat und Schüler der Austromarxisten war, kam als sowjetischer Kulturoffizier nach Österreich zurück und konnte in den Jahren vor der Eskalation des Kalten Krieges an der Wiener Universität als Gastprofessor lehren. Sterns Vorlesungen befaßten sich mit „Gesellschaftslehre und Staatstheorie des Marxismus“ (zweimal) und „Problemen des Spätkapitalismus (Kritische Analyse der ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Fragen der Gegenwart)“. Nach 1947 war aufgrund der geänderten politischen „Großwetterlage“ für den zum orthodoxen Marxisten Gewordenen in Österreich kein Platz mehr; Stern übersiedelte in die SBZ, wo er – Ironie der Geschichte – die Professur seines Schülers aus der Zeit der Wiener Arbeiterbildung, Leo Kofler, übernahm, welcher sich mit der SED überworfen hatte. Nach dem Ausscheiden Sterns ergänzte man an der Wiener Universität das dürftig gewordene Lehrangebot durch Rückgriff auf eine Praxis der 30er Jahre: Im Vorlesungsverzeichnis finden sich unter der Rubrik „Gesellschaftslehre“ Lehrveranstaltungen des Ethnologen Wilhelm Koppers, eines Ordensbruders, der aus der Emigration heimgekehrt war²⁷.

In Graz läßt sich an zwei Fakultäten soziologische Lehre nachweisen: An der Philosophischen Fakultät wurde das „Institut für philosophische Soziologie“, das während der NS-Zeit aufgelöst war, wiedererrichtet²⁸ und der 1938 ausge-

schiedene Dozent Konstantin Radakovic wieder eingestellt. Radakovic hielt neben philosophischen zahlreiche soziologische Lehrveranstaltungen ab, u. a. über Kant, J. St. Mill, Spencer, Comte, Huizinga und über soziologische Theorien des 19. Jahrhunderts. An der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät lehrte ab 1948 der aus der Emigration zurückgekehrte Johann Mokre neben Rechtsphilosophie auch Gesellschaftslehre; gemeinsam mit einem Ökonomen und einem Volkskundler hielt er im Sommersemester 1949 eine „Vorlesung mit Übung und Exkursion“ zum Thema „Bauern und Arbeiter in Gesellschaft und Wirtschaft“ ab. Ergänzt wurde das Lehrangebot durch den Spannianer Hans Riehl, der zu „Kunst und Gesellschaft“ und über Kulturwissenschaft Vorlesungen hielt.

Das soziologische Lehrangebot war in der unmittelbaren Nachkriegszeit damit quantitativ geringer als vor 1938. Soweit man von den Titeln auf die vorgetragenen Inhalte schließen darf, zeichnete sich die österreichische Nachkriegssoziologie durch eine deutliche Entpolitisierung aus: In den 30er Jahren waren wiederholt beispielsweise (affirmative) Lehrveranstaltungen über den (italienischen) Faschismus abgehalten worden²⁹. Eine markante Kontinuität in personeller und thematischer Hinsicht wies die Universität Graz auf, wo die 1938 Entlassenen Mokre und Radakovic ihre Tätigkeit wieder aufnahmen. In Wien trat an die Stelle des einst dominierenden Spann, August M. Knoll, dessen religionssoziologisches Interesse von den Traditionen der Spannschule differierte. Spanns linker Antipode aus der Ersten Republik, der 1937 verstorbene Max Adler, fand in Leo Stern einen zeitweiligen Nachfolger.

Während die bislang Behandelten insofern Soziologen waren, als sie das Fach an den Universitäten als Lehrende vertraten, gab es auch „Semi-Soziologen“, also Personen, die neben ihrem Nominalgfach durch Publikationen hervortraten, die einen Einfluß auf die Diskussion der Soziologen hatten oder diese mittrugen. Es wurde schon darauf verwiesen, daß in der Ersten Republik mehrere die Soziologie positiv beeinflussende Schulen in Österreich existierten: Logischer Positivismus, Reine Rechtslehre, Bühler-Schule, Wiener Schule der Nationalökonomie und – vornehmlich außerhalb der akademischen Welt: Individualpsychologie, Psychoanalyse und Austromarxismus. Nahezu alle diese Richtungen bzw. deren wesentliche Repräsentanten hatten das Land nach 1933 verlassen, kaum eine fand nach 1945 in Österreich wieder eine Heimstatt. Der Neopositivismus wurde, institutionell marginalisiert, von Viktor Kraft und Bela Juhos gelehrt; die Nationalökonomie von unbekanntem Adepten wenigstens deklamatorisch fortgesetzt, auch das ehemalige Konjunkturforschungsinstitut konnte einstige intellektuelle Höhen nicht wieder erreichen. In der Psychologie gewann anfänglich eine geisteswissenschaftliche Tendenz die Oberhand, neben der sich nicht einmal bescheiden empiristisch argumentierende Spielarten behaupten konnten³⁰.

An Österreichs Universitäten lehrten nach 1945 nur Wenige, die die sozialwissenschaftliche Diskussion anregten oder bereicherten. Zu nennen wären der Nationalökonom Josef Dobretsberger, in 1946 aus der Emigration in der Türkei und Ägypten nach Graz zurückkehrte, um seine bis 1938 ausgeübte Professur wieder aufzunehmen und, hinsichtlich des damaligen Echos weniger bedeutend, der junge Philosoph Ernst Topitsch. Unter den Ökonomen könnte man noch

Hans Bayer (Innsbruck) erwähnen, und natürlich die beiden Spannianer Walter Heinrich und Friedrich Westphalen, welche an der Hochschule für Welthandel in Wien darum bemüht waren, die Lehre Spanns unter gewandelten politischen Rahmenbedingungen fortzuführen. Andere Autoren, die in einigen Überblicksarbeiten zur österreichischen Soziologie Erwähnung finden, verdanken ihre Berücksichtigung wohl eher der spärlichen Zahl „echter“ Soziologen und weniger ihren tatsächlichen Beiträgen zur Disziplin³¹.

Außerhalb der Universitäten bot sich ein ähnlich tristes Bild. Da in der Sozialdemokratie der traditionell theoriefeindliche Flügel der rechten Pragmatiker die Macht übernommen hatte³², wurde keine der sozialwissenschaftlich bedeutsamen Institutionen der Zwischenkriegszeit reetabliert. Eine bald vom Kalten Krieg ausgeehrte Initiative war das 1946 von linken Sozialdemokraten und Kommunisten gegründete „Institut für Wissenschaft und Kunst“, das „an die lange vor dem Anschluß verschütteten liberalen Traditionen“ anknüpfen und sich um die „Herstellung des Kontakts mit allen fortschrittlichen Kreisen des demokratischen Auslandes“ bemühen wollte. Neben dem schon erwähnten Leo Stern, der die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Abteilung des Instituts leitete, waren als weitere Abteilungsleiter der Schlick-Schüler und Psychoanalytiker Walter Hollitscher (für Wissenschaftstheorie und Psychologie) und Eduard Winter (für Kultur- und Geisteswissenschaften) tätig; alle drei übersiedelten noch während der 40er Jahre – nicht ganz freiwillig – an Universitäten in der SBZ³³. Das ambitiöse Unternehmen wurde ab 1947 von kommunistischen Mitarbeitern gesäubert; der kompensatorische (großkoalitionäre) Versuch, Teile der katholischen Intelligenz zu integrieren, blieb erfolglos, während Versuche, einigen ehemaligen Nationalsozialisten, darunter der spätere Nobelpreisträger Konrad Lorenz, ein Betätigungsfeld einzuräumen, auf Kritik der konservativen Presse stieß³⁴.

Im Zeitraum, der hier behandelt wird, gab es in Österreich höchstens ein Dutzend Wissenschaftler, von denen man bei generöser Auslegung des Begriffs Soziologie sagen kann, sie gehörten zu dieser Disziplin oder hätten sie durch ihre Veröffentlichungen zu bereichern vermocht. Vergegenwärtigt man sich, daß rund die vierfache Zahl zwischen 1934 und 1938 emigriert war, gewinnt man einen Eindruck von dem Aderlaß, den die Disziplin erlebt hatte. Der Hinweis mag auch als Einstieg in ein weiteres Problem der Anfangsjahre der Zweiten Republik dienen: der Problematik der weitestgehend nicht erfolgten Remigration bzw. Rückholung von Emigranten. Der gegenwärtige Forschungsstand läßt zumindest folgendes vorläufiges Resümee zu:

1. Österreichs *Parteien* unternahmen nichts, um Emigranten zur Rückkehr zu bewegen. Insoweit von Österreich ausgehend überhaupt Initiativen zur Rückholung unternommen wurden, erfolgten diese extrem selektiv; die Sozialdemokraten verhalfen nur wenigen als vertrauenswürdig erachteten aktiv zur Heimkehr³⁵; von den der konservativen Partei, ÖVP, zuzurechnenden Emigranten kehrten – in absoluten Zahlen – die meisten nach Österreich zurück; doch auch hier gibt es Hinweise darauf, daß dabei selten die Initiative von österreichischer Seite ausging³⁶. Einzig der zeitweilige kommunistische Wiener Kulturstadtrat Viktor Matejka unternahm von sich aus Anstrengungen nichtselektiver Natur in Form

eines Aufrufes an alle Emigranten; seine weiteren Bemühungen konzentrierten sich dann vornehmlich auf die Rückholung von Künstlern wie Kokoschka, Wotruba u. a.³⁷ Die Rückkehr kommunistischer Emigranten – relativ kamen von dieser Gruppierung die meisten zurück – ging aller Wahrscheinlichkeit nach auf Initiative der KPÖ zurück.

2. Die österreichische *Regierung* und vor allem das zuständige Unterrichtsministerium agierten in einer Weise, die man summarisch dahingehend charakterisieren kann, daß alles nur Denkbare getan wurde, um selbst Rückkehrwillige an der Remigration zu hindern. So wurde allen 1938 entlassenen Hochschullehrern – und das waren im Bereich der Sozialwissenschaften, wie erwähnt, die Minderzahl unter den Emigranten, da die Mehrheit vor 1938 keine Beamtenpositionen innehatte – nur angeboten, ihre vormaligen Rechte wieder herzustellen, was für Privatdozenten bedeutete, daß sie de facto ohne Einkommen dagestanden wären. Die von einer Organisation emigrierter Wissenschaftler, in der Mehrzahl politisch Konservative, gemachten Vorschläge zur Rekonstruktion der österreichischen Universitäten blieben ebenso unberücksichtigt, wie von einer mehrere hundert Namen umfassenden Liste dafür in Frage kommender Forscher kein Gebrauch gemacht wurde, obwohl sich darauf u. a. die Namen von Ernst Gombrich, Karl Popper, Karl Bühler, Oskar Morgenstern, Alfred Schütz, Felix Kaufmann u. a. fanden³⁸.

3. Die *Alliierten*, besonders die USA, drängten zwar anfangs sowohl auf Entnazifizierung wie auf Rückholung der Emigranten, beendeten beide Bemühungen allerdings, bevor sich Erfolge einstellten. Womit diese doch in deutlichem Gegensatz zur amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland stehende Verhaltensweise zusammenhing – dem beginnenden Kalten Krieg, der personellen Zusammensetzung der Stäbe und dgl. – läßt sich derzeit nicht sagen.

4. Letztlich zeigten sich auch die *Universitäten* weitestgehend desinteressiert an den Emigranten. Zur Politik des Unterrichtsministeriums passend, begnügte man sich, einige 1938 entlassene Hochschullehrer als der Rückholung würdig zu nennen. Ansonsten deutet alles darauf hin, daß die Universitäten der Ansicht waren, die entstandene personelle Lücke aus dem Kreis der im Land Befindlichen schließen zu können. Das Resultat ist bekannt: Wiedereinsetzung der „inneren Emigranten“, Aufstieg einiger weniger ehemaliger Privatdozenten zu Ordinarien und konsequente Wiedereinstellung 1945 ff. Entlassener.

Es sollte als nicht zu weit hergeholt Überlegung erscheinen, wenn man über das Desinteresse an den Vertriebenen bei den Universitäten und ihrem Personal die Vermutung äußert, daß diesem Prozeß sozialer Schließung ein Gemeinschaftshandeln zugrunde lag – insofern also intentional war –, welches aus der vorgängigen kollektiven Erfahrung hervorging und den Charakter einer Interessengemeinschaft aufwies³⁹. Eine knappe Skizze des kollektiven Erfahrungsraums und seiner Verarbeitung kann diese These möglicherweise illustrieren. Die sieben Jahre der NS-Diktatur zeitigten für jene, die im Land geblieben waren, durchaus konträre Folgen: Die einen avancierten, während die anderen ihrer Entfaltungsmöglichkeiten beraubt wurden. Doch beide verband miteinander mehr als sie andererseits von der dritten Gruppe – den außer Landes Getriebenen – unterschied: sie lebten in derselben Diktatur und auch wenn sie in ihren

Lebenschancen differierten, einte sie doch die gemeinsame Erfahrung von Krieg, Unsicherheit und Niederlage. Soweit die Nutznießer der NS-Herrschaft sich nicht zu verpönten Handlungen haben hinreißen lassen (beispielsweise Denunziationen) oder in diesen Jahren als personifizierte Okkupanten und Fremde auftraten, wie die „Reichsdeutschen“, könnte schon während der NS-Diktatur die Basis für die später Platz greifende Verständigung über das gemeinsam geteilte Schicksal gelegt worden sein. Während dafür zumindest aus dem Kreis der hier vornehmlich behandelten Sozialwissenschaftler keine expliziten Bekundungen nachweisbar sind – nicht zuletzt wegen des Fehlens autobiographischer Literatur muß man sich mit indirekten Belegen begnügen – kann man für einen damit in Verbindung stehenden Aspekt offener Zitate finden: der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, dem Nachfolger des Instituts für Konjunkturforschung, „bedankte“ sich 1952 bei den von den Nazi „eingesetzten Leitern“ für deren „verständnisvolle Amtsführung und ihr offenes Wohlwollen für das Wiener Institut“⁴⁰ und der Emigrant Dobretsberger sprach anlässlich seiner Rektoratsrede 1946 nur davon, daß „diese acht Jahre nicht spurlos an uns (sic!) vorübergegangen“ sind – obwohl seine Inaugurationsrede dem „Intellektuellen in der modernen Gesellschaft“ gewidmet war, fand er keine deutlicheren Worte⁴¹. Solche Unverbindlichkeit oder Dank dafür, daß einem nichts Schlimmeres zugestoßen sei, läßt – in Verbindung mit dem Umstand, daß keine explizite Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft stattfand – den Schluß zu, die von den Nazis ihrer Stellen Beraubten hätten nach dem Ende der Barbarei ein Übermaß an Langmut und Nachsicht walten lassen. Schließlich sollte man nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß für die NS-Zeit auch Fälle von Duldung bzw. Kooperation zwischen Nationalsozialisten und Entlassenen bekannt sind, auch wenn es dabei oft „nur“ um die Möglichkeit ging, eine Bibliothek zu benutzen oder sich ungestört treffen zu können⁴².

Zumindest provisorisch wird man daher sagen dürfen, daß vor 1945 partielle Rücksichtnahmen nachweisbar sind, daß gemeinsame und als schicksalhaft interpretierte Erfahrungen NS-Parteigänger und deren Gegner schon vor Kriegsende einander näherbrachten – und daß nach der Befreiung, die als Zusammenbruch erinnert wird, rasch Verzeihen und „nicht-symmetrische Diskretion“ einsetzte⁴³. Da die Emigranten keine derartigen „Sicherheiten“ boten – sie obendrein generell im Geruche standen, es sich im sicheren Ausland „gerichtet“ zu haben – mußte von ihnen eine bedrohliche Irritation ausgehen oder wurde ihnen Derartiges zugeschrieben. Dazu paßt, daß die Werke der Emigranten aus dem kollektiven Gedächtnis „abgespalten“ wurden und im Nachkriegsdiskurs keine Rolle spielten, wofür als „Preis“ eine intensiviertere lokalistische Orientierung zu „zahlen“ war, was sich in einer Provinzialisierung niederschlug.

Schließlich wird man nicht vergessen dürfen darauf hinzuweisen, daß zwischen den akademisch gebildeten Nationalsozialisten und deren bürgerlichen „Kontrahenten“ eine große soziale Nähe bestand. Auch in dieser Hinsicht waren die mehrheitlich der Sozialdemokratie zuneigenden jüdischen Intellektuellen beiden Gruppierungen ferner stehend. Die Folgen dieser Kameraderie zwischen „nationalen“ und „katholischen“ Akademikern läßt sich vorzüglich am Beispiel Othmar Spanns illustrieren.

Es besteht heute wohl kein Zweifel mehr daran, daß Spann und einige seiner Schüler in der Zwischenkriegszeit bemüht waren, ihre Theorien der NSDAP anzubieten. Das wird von Spanns Schüler und politischem Weggefährten Walter Heinrich auch unumwunden zugegeben: „Ähnlich (wie bei den Heimwehren, C. F.) verhielt es sich bezüglich des Instituts für Ständewesen, zumindest ab Mai 1933, als die Fruchtlosigkeit des von Fritz Thyssen noch einmal angeregten Versuches, ständisches Gedankengut gegenüber dem Nationalsozialismus durchzusetzen, offenbar wurde.“⁴⁴ Spann selbst hatte noch 1936 den Versuch unternommen, seine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus zu betonen:

„Heute ist der marxistische und liberale Gegner ausgeschieden (obgleich heimlich noch emsiger am Werk als mancher glaubt!), nur die Gegner von der Zentrumslinie sind geblieben und – wäre es möglich zu verschweigen, ich würde es aus Scham verschweigen – die völkischen Gegner sind hinzugekommen! (...) Wer den geschlossenen Kreis meiner Gegner betrachtet, der von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten geht, der muß sich doch sagen, daß irgend jemand mich mißverstehen. Ich selber erkläre: daß meine marxistischen, liberalen, freimaurerischen und Zentrumsgegner mich nicht mißverstehen und Grund haben, mich zu bekämpfen. Daraus sollte nach menschlicher Logik folgen, daß meine völkischen Gegner mich mißverstehen und mit Unrecht mich und meine Lehre angreifen.“⁴⁵

Dieser verzweifelte Versuch Spanns, das Gehör jener zu gewinnen, deren „Chefideologe“ er werden wollte, erschien in einer weit verbreiteten Zeitschrift, so daß man annehmen darf, daß seine politische Meinung und seine Ziele damals bekannt waren. Möglicherweise war vor 1938 nicht bekannt, daß Spann „Mitglied der NSDAP mit meiner Familie seit dem Verbote der Partei durch Dollfuß, also seit 1934“ war⁴⁶. Die 1938 erfolgte Entlassung und die zeitweilige Inhaftierung müssen daher als Folgen innernazistischer Elitenkonkurrenz betrachtet werden. Nach 1945 war bei der Universität Wien seine NSDAP-Mitgliedschaft aktenkundig, wobei hinzuzufügen ist, daß das österreichische Verbotsgesetz die sogenannten „Illegalen“, also Personen, die schon vor dem Anschluß NSDAP-Mitglieder waren, härter sanktionierte als die, die sich nach dem Anschluß um eine Mitgliedschaft bewarben. Um so überraschter war die antifaschistische Öffentlichkeit, als schon im Mai 1945 die Wiedereinsetzung Spanns durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät beantragt wurde⁴⁷.

Die Situation schildert der schon erwähnte Viktor Matejka in einem Brief 1946 an den in den USA auf eine Berufung an die Wiener Universität wartenden Ernst Karl Winter recht anschaulich:

„Zu den hiesigen Grotesken, die zum Teil stark begründet sind, gehört allerdings, daß der alte Jugendverderber und alte Hitler-Steigbügelhalter Othmar Spann schon im vergangenen Jahr versucht hat, seine Macht an der Universität wieder zu ergreifen. Auch jetzt hat er es wieder versucht. Aber es konnte verhindert werden. Er und viele seinesgleichen spielen natürlich auch heute die Märtyrer, weil sie bei

Hitler nicht so angekommen sind, wie sie glaubten. Die Durchsicht des Sommersemester-Verzeichnisses der Universität zeigt nur allzu deutlich, daß unsere Universität Auffrischung braucht. Es genügt da nicht der alte Meister und seine Gesellen, die durch alle Wasser hindurch geschwommen sind. Es genügt da auch nicht der gute Knoll. Es genügt auch nicht der geschickte Verdross und der fade Westphalen und der nicht weniger fade Degenfeld. Auch der alte Mayer und der alte Adamovich sind eben alt, und man kann ja doch nicht in ihre alten Heimwehr-Herzen hineinschauen. Darüber, daß der erste hiefür zuständige Staatssekretär, Ernst Fischer, nicht richtig durchgegriffen hat, müßte ich, um alles klarzustellen, allen denen, die lange von hier weg sind, eine ganze Abhandlung schreiben. Es geht eben nicht an, sich mit der Formalität und der Tradition der Autonomie der Universität zu begnügen. In unseren außertourlichen Zeiten muß hier ganz anders durchgegriffen werden, um wenigstens die Grundlagen zu schaffen, auf denen eine Demokratie möglich wäre. Da aber die ganze Nazifrage jetzt immer mehr und mehr zu einer radikalen Lösung drängt, weil sie, meines Erachtens, der Schlüssel-punkt für die Entwirrung unserer Gesamtsituation ist, will ich hoffen, daß wir in absehbarer Zeit auch hier vorwärts gekommen sind.“⁴⁸

Die Hoffnung Matejkas wurde enttäuscht und Ernst K. Winter kehrte erst 1959 nach Österreich zurück; allerdings gelang es auch Spann nicht, seine Wiedereinsetzung zu erreichen, woraus man wiederum nicht den Schluß ziehen sollte, daß dies einer antinazistischen Überzeugung der Universitätsangehörigen zu verdanken war. Vielmehr scheint allein der Umstand, daß Spann als einer der prominentesten Hitler-Steigbügelhalter in der Öffentlichkeit auf Ablehnung stieß, den Ausschlag gegeben zu haben⁴⁹.

Katholische Schüler Spanns hielten auch nach 1945 treu zu ihrem Idol und scheinen heilfroh gewesen zu sein, daß dieser ihnen insofern entgegenkam, als auch er einen Schritt in Richtung Katholizismus machte und sich in seiner einzigen Nachkriegsveröffentlichung mit religionsphilosophischen Fragen beschäftigte. Der Dank dafür wurde öffentlich dargebracht: „(Man) sollte das Gemeinsame über das Trennende stellen. Auf diese Weise wird man dem Geiste des Buches (von Spann, C. F.) am besten gerecht“, urteilt Erich Heintel⁵⁰, während der Jesuit Franz Mitzka zwar Spanns Ablehnung des Materialismus lobt, dessen Position aber dann folgendermaßen kommentiert:

„Er (Spann, C. F.) macht sich damit zu eigen, was Schleiermacher kurz und bündig lehrte: Wahr ist alle Religion und keine. Es ist ihm (Spann, C. F.) wohl nicht aufgefallen, daß dies auch die Anschauung des Liberalismus war, womit nicht ein Weg in eine neue Zeit, sondern ein Rückfall in den Ursprung des Verderbens unserer Tage vollzogen wird.“⁵¹

Spann starb am 8. Juli 1950 und die Nachrufe auf ihn unterstreichen nochmals die positive Haltung seiner katholischen Anhänger zu ihm. August M. Knoll billigt ihm in einer „kritischen Würdigung“ zu, eine „Großtat“ vollbracht zu haben:

„Er zerschlug den ‚Individualismus‘, die ‚Einzelheitslehre‘, die ‚Einzelheitsbetrachtung‘, das cartesianische Maschinenbild von Welt und Geist. Er verwies, und seine Sprache erhob sich zu missionarischer Wucht, auf die göttliche, ‚ganzheitliche‘ Eingeschwungenheit aller Menschen und Dinge. Er verwies auf ihre abso-

lute, vorgegebene Sinnhaftigkeit. Er zeigte dies, und das Beispiel ist berühmt geworden, am Nibelungenlied, das nicht durch blindes Ausschütten von Millionen von Buchstaben entstanden sein könne, wie auch nicht die Welt durch ein Ausschütten von Milliarden von Atomen.“⁵²

Vermittels der „Methode der ‚Ganzheit‘“ sei Spann „wissenschaftlich zu neuen Aspekten“ gelangt und sie machte ihn „zum Schöpfer einer neuen Soziologie“, welche „allerdings nachhaltigsten Widerstand auch von katholischer Seite“ hervorrief. Die „christliche Soziologie“ wollte die Spannsche „Hypostasierung des Sozialen“ nicht hinnehmen, da für sie „die Gesellschaft – ein Akzidenz, und der einzelne – Substanz, personale Hoheit und unmittelbarer Geiststräger als Ebenbild Gottes“ sei. Auf diese Kritik Knolls, des einzigen österreichischen Soziologieordinariums dieser Jahre, wird noch zurückzukommen sein. Hier geht es vorerst darum, klarzumachen, daß die Zurückweisung des Soziologismus von Spann ungleich schärfer ausfiel als die Kritik an den politischen Positionen und Aspirationen Spanns, der für Knoll „kein ‚Politiker‘, (sondern) Denker war“. Spanns „ständischer Entwurf“, wie das politische Programm verniedlichend bezeichnet wird, war in den „zwanziger und dreißiger Jahren (...) Impuls“ für „Sozialreformen“, doch ihr Autor war nicht deren „politischer Kopf“, nicht ihr „Propagandist“ und schon gar nicht ihr „Manager“ – sondern der Fürsprecher eines neuen platonischen Staates.

„Daß Spann freilich dadurch und durch seine unpsychologische Kritik der Demokratie und der liberalen Freiheitsrechte obendrein totalitäre Bestrebungen, jene unheilvolle Absichten, die Gesellschaft zu regimentieren, gerade nicht schwächte, ist sicher. Ebenso sicher aber ist, daß er zu den neuen Mächten sich eher distanzierte und von ihnen keine ideologische Genugtuung, geschweige denn einen Vorteil hatte. Der Nationalsozialismus warf Spann 1938 ins Gefängnis...“.

Angesichts derartiger, weit über den Anlaßfall eines Nachrufs hinaus beredeter Auffassungen und Behauptungen kann man eine Relativierung dahingehend, es handle sich möglicherweise um den Versuch einer Ehrenrettung jemandes, der dem Autor persönlich nahegestanden sei, nicht ernsthaft erwägen. Was Knoll hier ausdrückte, war das Selbstverständnis der damaligen Soziologen Österreichs. An zwei Beispielen kann demonstriert werden, worüber damals Konsens bestand und welche Themata kontroverielle Behandlung erfuhren.

In einer kleinen Schrift behandelt Knoll⁵³, die drei „Lösungen des Problems ‚Mensch und Gesellschaft‘“, die die „Geschichte der Sozialwissenschaft kennt“: Individualismus, Totalismus und Personalismus. Die erste Auffassung gehe vom „Individuum“ und die zweite vom Gesellschaftsganzen aus, während die dritte „idealtypische Lösung“ die „Persönlichkeit“ des Menschen in das Zentrum stelle. Die individualistische Gesellschaftstheorie kennzeichnet Knoll durch folgende drei Gesichtspunkte: (1) „Das soziale Sein ist eine bloße Annahme und Erdichtung“; (2) das Soziale ist eine rein „äußerliche Zusammensetzung der Individuen, welche absolut..., isoliert..., egoistisch..., autark... und autonom“ gedacht würden; schließlich sei (3) das Soziale „die Summe der einsam schweifenden Individuen“. Gesellschaftspolitisch lasse sich diese Ansicht in zwei

Parolen zusammenfassen: „Freiheit des Individuums“ und „Fesselung des Staates“. Die „Antithese“ hiezu ist der Totalismus, der vor „lauter Gemeinschaft den Einzelmenschen übersehe“. Der Totalismus betrachte das Soziale als Substanz und den Einzelmenschen als Akzidenz, betrachte Gesellschaft als „Wesens-Einheit“ und spreche dem einzelnen jedes „Eigen-Sein“ ab. Fesselung des Individuums und Vergöttlichung des Staates lauteten die gesellschaftspolitischen Maximen des Totalismus. Aus diesem „Entweder-Oder“ führe das dritte „System ... aufgrund der Erkenntnis- und Seinsphilosophie der augustinischen und thomistischen Traditionen“ heraus. Dem Personalismus ist die Gesellschaft kein „Vertragswerk der Einzelnen“, aber auch keine „Erst- und Eigenwirklichkeit“, sondern eine „Ordnungs- und Wirkeinheit der Menschen“, woraus folge, daß der einzelne kein willkürlicher Schöpfer und kein unbedingtes Geschöpf der Gesellschaft sei: „Mensch-Sein ist als Persönlichkeit Haupt- und Schöpfer-Sein, als Individuum Glied- und Geschöpf-Sein der Gesellschaft.“ Während die gesellschaftstheoretische Begründung des Personalismus über die Aneinanderreihung derartiger Wortungeheuer nicht hinauskommt, ist wenigstens das gesellschaftspolitische Programm dieser Richtung verstehbar: „Achtung vor der Persönlichkeit des Menschen und Achtung vor der Autorität des Staates“ – oder, mit einem Wort: „Subsidiarität“.

Interessanterweise verwendet Knoll in dieser von Begriffsneuschöpfungen überbordenden Schrift das Negativetikett Soziologismus nicht, aber man kann unschwer erkennen, daß die „Hypostasierung des Sozialen“, die er Spann ankreidet, dem Totalismus nahe verwandt ist. Theorie- oder vielleicht besser: „glaubensstrategisch“ bedeutsam ist der Soziologismus für Knoll und andere Sozialkatholiken dieser Zeit, da sie – zumindest noch in diesen Jahren – einer metaphysischen Begründung der Soziologie das Wort redeten: „Der Ansatz für eine christliche, d.i. christozentrische Soziologie kann nur Christus selbst sein.“⁵⁴ Und an anderer Stelle wird das damit einhergehende Usurpatorenpathos überdeutlich: „Es gibt keinen christlichen Verzicht auf Kultur, Politik, Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft für den Christen in der Welt! Weltflucht wäre hier Fahnenflucht.“⁵⁵

Auch ein anderer Sozialkatholik, Josef Dobretsberger, kritisiert mit ähnlichen Argumenten und aus der gleichen Geistes- bzw. Glaubenshaltung heraus den Soziologismus, den er allerdings in einer anderen Theorietradition angesiedelt sieht. Das Ende weltgeschichtlicher Epochen sieht er begleitet von der jeweiligen Auflösung geschlossener sozialer Weltbilder. Die „Niedergangsperiode der Gegenwart“ sei vom „Relativismus der Wissens-Soziologie“ gekennzeichnet. Während die klassische Nationalökonomie „objektive Erkenntnis der Ziele“ für möglich gehalten habe, habe Weber jene auf den „Bereich der Mittelauswahl für vorgegebene Ziele“ beschränkt und Mannheim „zeige“, daß auch die Wahl der Mittel „standort-gebunden“ sei. Dobretsbergers Ausführungen oszillieren auffallend zwischen der zutreffenden, affirmativen Wiedergabe wissenssoziologischer Grundpositionen und argumentativ unausgewiesenen, apodiktischen Bekenntnissen zum Glauben: „Der Katholik kann diesem uferlosen Soziologismus nicht zustimmen.“⁵⁶ Es ist hier nicht der Platz, Dobretsbergers sozialpolitische Überlegungen darzulegen, für die Charakterisierung des Diskurses der Nach-

kriegssoziologie genügt es, seine Schlußfolgerung zu zitieren: Dobretsberger spricht sich gegen den Relativismus der modernen Sozialwissenschaft aus, da dieser Agnostizismus sei, „der es aufgibt, Lösungen zu finden“⁵⁷.

Die von Ernst Topitsch in einigen Aufsätzen vertretene Position, die an Weber, Gomperz, Kelsen und den Wiener Neopositivisten der Zwischenkriegszeit orientiert war, blieb gegenüber der dominanten katholischen Geisteshaltung hoffnungslos im Abseits⁵⁸.

So wie Topitschs Plädoyer für Nüchternheit und Wertfreiheit keine Zustimmung fand, ist es wohl auch auf diese metaphysische Dumpfheit zurückzuführen, daß keine empirische Forschung betrieben wurde. Das Fehlen derselben und die Substituierung durch Meinungen kann an der Auseinandersetzung zwischen Knoll und Dobretsberger über das „Scheitern“ des Ständestaates eindrucklich vor Augen geführt werden. Dobretsberger, der während des Ständestaates kurze Zeit Sozialminister war⁵⁹, setzte sich in dem schon erwähnten Buch, aber auch in einem prägnanter formulierten Aufsatz mit dem „mißglückten Experiment“ der Ständeversammlung 1934 auseinander⁶⁰. Seiner Ansicht nach basierte der Ständestaat auf einer „Ideologie“, die „mehr aus Verlegenheit denn aus Überlegung“ aufgegriffen worden sei. Die Niederwerfung der Arbeiterbewegung – „der tragische Schlußpunkt“ einer Entwicklung – habe die „Hauptstütze der Demokratie mundtot“ gemacht, weswegen der Kampf gegen den Nationalsozialismus aussichtslos geworden sei. Dobretsberger erteilt dem Ständegedanken eine klare Absage, da der Ständestaat „zwangsläufig in den autoritären, totalen Staat“ übergehe. Er plädiert rückblickend für die demokratische Staatsform und billigt der Idee der berufsständischen Ordnung höchstens zu, daß sie dann sinnvoll sein kann, wenn sie „allmählich aus der Not und aus der Unzulänglichkeit der heutigen sozialen Verhältnisse herauswachse“.

Dagegen erhob Knoll leidenschaftlich Protest. Er wirft Dobretsberger vor, früher anders geredet zu haben – und übersieht damit offenkundig den „Lernerfolg“ desjenigen, der in der Emigration war und ein liberal-westliches Politikverständnis erwarb – und will andererseits zeigen, daß der Ständestaat nicht endogen gescheitert sei, sondern durch Hitlers Gewaltstreich vorzeitig abgebrochen wurde, ehe es zur Entfaltung seiner Möglichkeiten gekommen sei. Knoll sieht die Gründe für die Ausschaltung des Parlamentarismus in geteilter Schuld der Rechten und Linken, ja er geht soweit, den Linken vorzuwerfen, sie hätten begonnen, was die rechten Wehrverbände beendeten – eine nicht einmal chronologisch nachvollziehbare Ansicht⁶¹. Nach 1934 habe sich der „halbfaschistische ‚Ständestaat‘ Dollfuß‘ zum ‚ständedemokratischen‘ Staat Schuschniggs“ weiterentwickelt – diese historiographisch recht eigenwillige These versucht Knoll durch Anführung einiger Indizien zu erhärten: So habe es 1936 erste berufsständische Wahlen und erstmals wieder Kommunalwahlen gegeben, sei der Gewerkschaftsbund als „einheitliche und überparteiliche Interessenorganisation der Arbeit“ ein „Fortschritt“ in Richtung „soziale Demokratie“ gewesen, denn schließlich sei auch der Gewerkschaftsbund der Zweiten Republik eine überparteiliche Einheitengewerkschaft und daher sein ständestaatlicher Vorläufer „ein strukturelles Vorbild“!

Ohne hier auf Details einzugehen wird dennoch zweierlei deutlich: Einmal das

Auseinanderdriften ehemaliger Weggefährten des christlich-sozialen Lagers aufgrund unterschiedlicher lebensweltlicher Kontexte: Dobretsberger lernte in der Emigration die Prinzipien westlich-liberaler Demokratie schätzen, während der „innere Emigrant“ Knoll nach dem NS-Intermezzo dort weitermachte, wo er und seinesgleichen 1938 aufhören mußten. Ihre Verwestlichung erfolgte erst im Laufe der Nachkriegsentwicklung als schrittweiser Anpassungsprozeß an die Ideale der neuen Vorbilder. Zum anderen wird mit Knolls Betonung jenes Aspekts des Ständestaates, der seither von allen Konservativen zu seiner Verteidigung herausgestrichen wird: der angeblichen Frontstellung gegen das nationalsozialistische Deutschland, deutlich, daß die re-education – die USA wollten anfangs die Entnazifizierung als Entfaschisierung verstanden wissen und schlossen den Ständestaat mit ein – auf Widerstand stieß.

VII

Die Situation der Soziologie am Beginn der Zweiten Republik läßt sich zusammenfassend dahingehend charakterisieren, daß in personeller Hinsicht eine Anknüpfung an jene Auffassungen Platz griff, die vor 1938 institutionell am besten verankert waren. Wie schon Othmar Spann in der Zwischenkriegszeit viel Kraft darauf verwandte, sich vom mainstream der (deutschsprachigen) Soziologie zu distanzieren und eine eigene, eigenwillige Soziologie zu modellieren, die jedenfalls zentraler Momente von Soziologie entbehrte: nämlich die theoriegeschichtliche Einbettung in die Tradition der Aufklärungsphilosophie und die Präferenz für empirische, auf Erfahrungswissen gestützte Theorie in Form falsifizierbarer Aussagen – so bemühten sich die Nachkriegssoziologen, sich vom Soziologismus abzugrenzen und ihre Disziplin (wieder) zur Magd des Glaubens zu machen. Die geistesgeschichtliche Kontinuität ist frappant; der Hinweis auf sie kann allerdings nicht erklären, warum Sozialwissenschaftler nach 1945 partout darauf bestanden, ihre diesbezüglichen Bemühungen mit dem Etikett „Soziologie“ zu schmücken, da sie doch zur gleichen Zeit massiv gegen grundlegende Prinzipien und basale Überzeugungen dieser Disziplin verstießen. Es mag sein, daß ihre Glaubensüberzeugungen durch die davorliegenden historischen Ereignisse ins Schwanken geraten sind und sie in historisch weit ausholenden Retrospektiven – vornehmlich in die Reformationsperiode – vergleichbare Phasen der Verunsicherung studieren wollten, um aus der Identifizierung der sozialen Kräfte, die zum Schisma führten, Analogiewissen zu gewinnen, das ihre spirituellen Kräfte obendrein allein schon deswegen fördern mußte, weil auch damals schlußendlich ihre Seite obsiegte.

Die wissenschaftspolitisch bedingte Monopolstellung der Katholiken erleichterte die Aufrechterhaltung korrespondierender Anschauungen sehr – und es ist eine Ironie, daß dieselben Personen während der 50er Jahre quasi begannen, sich selbst aus dem metaphysischen Sumpf zu ziehen, als sie zu Wegbereitern der empirischen Sozialforschung in Österreich wurden – allerdings blieben sie ihrem Milieu wenigstens insoweit treu, als damals praktisch ausschließlich Probleme der katholischen Kirche zum Gegenstand der Forschung wurden.

Die Vertreibung der modernen Sozialwissenschaften durch Austrofaschismus und Nationalsozialismus, deren Nichtrückholung nach Kriegsende und das Absterben der austromarxistischen Tradition innerhalb der Sozialdemokratie machten es der katholischen Restauration möglich – und, was die Zeit nach 1945 betrifft: leicht, zu siegen.

Anmerkungen

- ¹ Zur Moskauer Deklaration und Österreichs außenpolitischen Lage bis 1955 GERARD STOURZH, *Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität*, Graz 1980.
- ² *Rot-weiß-rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs nach amtlichen Quellen, Erster Teil*, Wien 1946 (mehr nicht erschienen).
- ³ Die Ambivalenz als Konstituens der Zweiten Republik wird diskutiert von GERHARD BOTZ, *Eine deutsche Geschichte 1938 bis 1945? Österreichische Geschichte zwischen Exil, Widerstand und Verstrickung*, in: *Zeitgeschichte*, 14. Jg., 1986, S. 19–38. Exemplarische Behandlung bei CHRISTIAN FLECK, *Koralmpartisanen. Über abweichende Karrieren politisch motivierter Widerstandskämpfer*, Wien 1986. Um die Dokumentation des Widerstands macht sich besonders das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)“ mit seiner nach Bundesländern gegliederten Reihe „Widerstand und Verfolgung in...“ verdient.
- ⁴ Daten bei FELIX BUTSCHK, *Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945*, Wien 1978.
- ⁵ JOSEF WEIDENHOLZER, *Rechtsextreme und autoritäre Tendenzen im Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung*, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, Wien 1979, zitiert Umfrageresultate der amerikanischen Besatzungsmacht aus den Jahren 1946 bis 1948, wonach nur 42 Prozent der Wiener den Nationalsozialismus für eine schlechte Idee gehalten hätten (S. 393). Die Haltungen und Einstellungen der politischen Elite dieser Zeit sind bei OLIVER RATHKOLB, *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich*, Wien 1985, dokumentiert; neuerdings, ROBERT KNIGHT (Hrsg.): *„Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“*. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt 1988.
- ⁶ Zur Nationswerdung Österreichs affirmativ FELIX KREISSLER, *Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen*, Wien 1984. Eine kritische Sicht bei GUNTER FALK, *Das österreichische Selbstgefühl im Spiegel einer Umfrage*, in: *Sterz*, H. 40, 1987, S. 4 ff.
- ⁷ Über die Besatzungszeit informiert MANFRIED RAUCHENSTEINER, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955*, Graz 1985. Zur Geschichte der Zweiten Republik ERIKA WEINZIERL/KURT SKALNIK (Hrsg.), *Österreich. Die Zweite Republik*, Graz 1972, 2 Bde.
- ⁸ Zum Zentralismus-Föderalismusproblem HEINZ FISCHER (Hrsg.), *Das politische System Österreichs*, Wien 1974.
- ⁹ Zur Verfassungsreform und -geschichte KARL UČAKAR, *Demokratie und Wahl-*

- recht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien 1985. Hans Kelsen, der Verfasser der ersten demokratischen Verfassung Österreichs von 1920 verließ nicht zuletzt wegen der 1929 erfolgten Änderung „seiner“ Verfassung Österreich.
- ¹⁰ Eine Erschütterung dieser Sicherheit stellte sich erst im Anschluß an die letzten Bundespräsidentenwahlen von 1986 heraus, als klar wurde, daß seit der Verfassungsreform von 1929 der Bundespräsident praktisch unabsetzbar ist.
- ¹¹ EDUARD MÄRZ/FRITZ WEBER, Verstaatlichung und Sozialisierung nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg – eine vergleichende Studie, in: *Austriaca*, Sondernummer 3, 1979, S. 85 ff.
- ¹² GERHARD BOTZ/ERNST HANISCH/GERALD SPRENGNAGEL (Hrsg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte*, Frankfurt/M. 1988.
- ¹³ GERHARD LEHMBRUCH, *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen 1967.
- ¹⁴ WILLIAM M. JOHNSTON, *Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938*, Wien 1974, NORBERT LESER (Hrsg.), *Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit*, Wien 1981.
- ¹⁵ „Und er (i. e. Spann, C. F.) fand hierin Gefolgschaft, Zuruf und Zulauf, weit über Österreich hinaus; er fand sie bei der bürgerlichen Frontkämpfergeneration, bei der völkischen Akademikerschaft, nicht zuletzt bei jenen Sozialkatholiken, die, ihres Parteilebens und der Mittelstellung zwischen ‚Kapitalismus‘ und ‚Sozialismus‘ müde, im Anschluß an die berufsständischen Traditionen der Vogelsang-Schule einen Ausweg suchten und in Spann ihren Anwalt, einen Nachfahren Vogelsangs, gefunden zu haben vermeinten“, AUGUST M. KNOLL, Othmar Spann. Eine kritische Würdigung, in: *Die österreichische Furche* 22. 7. 1950.
- ¹⁶ HELENE MAIMANN/SIEGFRIED MATTL (Hrsg.), *Die Kälte des Februar. Österreich 1933–1938*, Wien 1984.
- ¹⁷ Ausführlicher in CHRISTIAN FLECK, *Vertrieben und Vergessen. Ein Überblick über die aus Österreich emigrierten Soziologen*, in: Josef Langer (Hrsg.), *Zur Konstituierung der Soziologie in Österreich*. Wien 1988 (im Erscheinen).
- ¹⁸ SUSANNE PREGLAU-HÄMMERLE, *Die politische und soziale Funktion der österreichischen Universitäten. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Innsbruck 1986, S. 163.
- ¹⁹ Siehe FLECK, *Vertrieben...* (Fn. 17).
- ²⁰ So charakterisiert OTTHEIN RAMMSTEDT, *Deutsche Soziologie 1933–1945. Die Normalität einer Anpassung*, Frankfurt/M. 1986, S. 109, die Rolle Spanns gegenüber dem Nationalsozialismus.
- ²¹ RENÉ KÖNIG, *Soziologie in Deutschland. Begründer, Verächter, Verfechter*, München 1987, S. 392 ff.
- ²² Statt Volksgeschichte hieß es nun Strukturgeschichte, s. ausführlicher JOSEF EHMER/ALBERT MÜLLER, *Sozialgeschichte in Österreich*, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Sozialgeschichte im internationalen Überblick. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung*, Darmstadt (im Erscheinen).
- ²³ Die Informationen, die hier referiert werden, wurden im Rahmen des Forschungsprojektes „Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich“, an welchem der Autor und Reinhard Müller beteiligt sind, gesammelt. Die Materialien liegen am Institut für Soziologie der Universität Graz.
- ²⁴ CHRISTIAN FLECK, „In seinem Felde alles Erreichbare zu leisten...“ *Zusammensetzung und Karrieren der Dozentenschaft der Karl-Franzens-Reichsuniversität Graz*, in: *Grenzfeste Deutscher Wissenschaft. Über Faschismus und Vergangenheitsbewältigung an der Universität Graz*, Wien 1985, S. 38 ff.
- ²⁵ WILLI WEINERT, *Die Entnazifizierung an den österreichischen Hochschulen*, in: Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley, Oliver Rathkolb (Hrsg.), *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955*, Wien 1986, S. 255.
- ²⁶ CHRISTIAN FLECK, *Rückkehr unerwünscht. Der Weg der österreichischen Sozialforschung ins Exil*, in: Friedrich Stadler (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*, Wien 1987, S. 182 ff. enthält detailliertere Schilderungen.
- ²⁷ *Vorlesungsverzeichnisse der Universität Wien und der Universität Graz 1945 bis 1950*. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, München 1980 und 1983 (3 Bde.).
- ²⁸ In der diesbezüglichen Begründung der Philosophischen Fakultät heißt es u. a.: „Das Professorenkollegium (erachtet es) als im Interesse der Universität und ihrer Tradition gelegen und hält die Wiederherstellung außerdem aus folgenden Gründen für wünschenswert... Außerdem besteht in den westlichen Ländern, in England, Frankreich und Amerika seit jeher ein ausgeprägtes Interesse für Soziologie. Dadurch ist diese Wissenschaft nicht in letzter Linie dazu berufen, ihren Beitrag zur Vertiefung der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und den Weststaaten zu leisten.“ Der Beschluß wurde am 17. 12. 1945 gefaßt!, Akten des Unterrichtsministeriums 432/III – 4b/46, Archiv der Republik, Wien.
- ²⁹ ANTON AMANN, *Soziologie in Wien. Entstehung und Emigration bis 1938*, in: Friedrich Stadler, (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft...*, a. a. O. (Fn. 26), S. 214 und FLECK, *Rückkehr...*, a. a. O. (Fn. 26):
- ³⁰ In einer Rezension des Buches von WALTER TOMAN, *Grundzüge der Psychologie* liest man: „Von diesem Ansatz her gibt er auch Lösungen des Freiheits-, Sinn-, Unsterblichkeitsprobleme usw. Daß diese, seien sie positive oder negative, nicht nur von diesem, sondern von jedem psychologischen Ansatz her nicht gegeben werden können, weil metaphysische Fragen psychologisch nicht gelöst werden können, ist heute so selbstverständlich, daß darüber nicht mehr geredet zu werden braucht.“ In: *Wissenschaft und Weltbild*, 1. Jg., 1948, S. 416.
- ³¹ AUGUST M. KNOLL, *Austria*, in: Josef Roucek, Ed., *Contemporary Sociology*, New York 1958, S. 807 ff.; FERDINAND A. WESTPHALEN, *Sociology and Economics in Austria, A Report on Postwar Developments*, Washington 1953; LEOPOLD ROSENMAYR, *Erlebte Soziologie-Geschichte in Österreich ab 1945*, in: Josef Langer (Hrsg.), *Zur Konstituierung...* a. a. O., (Fn. 17) erwähnt bedeutend weniger, die für die Soziologie Bedeutung besessen hätten.
- ³² FRITZ WEBER, *Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950*, Wien 1986.
- ³³ ERNST GLASER, *Im Umfeld des Austromarxismus. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des österreichischen Sozialismus*, Wien 1981.
- ³⁴ FRIEDRICH STADLER, *40 Jahre Institut für Wissenschaft und Kunst 1946–1986. 40 Jahre fortschrittliche Bildungsarbeit*, in: *Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst* 3/1986, S. 66 ff.
- ³⁵ JULIUS BRAUNTHAL, *The Tragedy of Austria*, London 1948; CHRISTIAN FLECK, *Emigration und intellektuelle „Ausdünnung“ der Nachkriegssozialdemokratie*, in: Rudolf Ardel, Helmut Konrad (Hrsg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus (im Erscheinen)*; FRITZ WEBER, *Der Kalte Krieg...* a. a. O., (Fn. 32).
- ³⁶ Hinweise in CHRISTIAN FLECK, *Der Fall Brandweiner. Universität im Kalten Krieg*, Wien 1987, S. 6.
- ³⁷ VIKTOR MATEJKA, *Widerstand ist alles. Notizen eines Unorthodoxen*, Wien 1984, S. 163 ff.

- ³⁸ Detaillierter in: FLECK, Rückkehr unerwünscht... a. a. O. (Fn. 26), wo auch der Frage der subjektiven Rückkehrwilligkeit nachgegangen wird.
- ³⁹ MAX WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1922, S. 201 ff.
- ⁴⁰ FRANZ NEMTSCHAK, *Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung*, Wien 1952, S. 16.
- ⁴¹ JOSEF DOBRETSBERGER, *Der Intellektuelle in der modernen Gesellschaft*, Rede, gehalten bei der Inauguration des Rector magnificus der Karl-Franzens-Universität in Graz am 29. 11. 1946, Graz 1947.
- ⁴² Ein Beispiel für viele: „Man hatte z. B. verboten, daß wir einander trafen, woran wir uns jedoch – mit dem Verständnis der zuständigen Bürgermeister unserer... Wohnorte... nicht hielten“, WALTER HEINRICH, *Othmar Spann. Gestalt, Werk und Wirkungen*, in: Othmar Spann Gesamtausgabe, Bd. 21, Graz 1979, S. 66.
- ⁴³ Eine systematische Auswertung von Festschriften und Erinnerungs- wie Gedenk-artikeln würde hier Aufschluß bringen; zum Begriff der nicht-symmetrischen Diskretion HEINRICH LÜBBE, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegs-bewußtsein*, in: *Historische Zeitschrift* 236, 1983, S. 587.
- ⁴⁴ WALTER HEINRICH, *Othmar Spann... a. a. O.* (Fn. 42). Ganz ähnlich die Formulierung bei HANS RIEHL, *Walter Heinrich, sein Leben und sein Werk im Dienste seiner Zeit*, in: *Festschrift Walter Heinrich. Ein Beitrag zur Ganzheitsforschung*, Graz 1963, wo es S. 6 gar heißt: „Hitler selbst schien zunächst auch soweit gewonnen, daß er der Idee des ständischen Staates nähertreten wollte“ und über das Scheitern der Anbiederung heißt es wenig später: „Die subversiven Elemente seiner (i. e. Hitlers) Umgebung brachten ihn bald dahin, die ganze Bestrebung mit Scheelsucht und Haß zu verfolgen.“ Zum „Institut für Ständewesen“ s. CARSTEN KLINGEMANN, *Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung? Unerwünschte Traditionsbestände deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945*, in: SVEN PAPCKE (Hrsg.), *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*, Darmstadt 1986, S. 271 ff. und über Spann allgemein KLAUS-JÖRG SIEGFRIED, *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns*, Wien 1974.
- ⁴⁵ OTHMAR SPANN, *Leidlicher Austrag unleidlicher Dinge. Eine Erwiderung auf aberwitzige Angriffe*, in: *Othmar Spann Gesamtausgabe*, Bd. 8, Graz 1975, S. 383 und 386. Der Text erschien ursprünglich in „*Ständisches Leben*“ 6. Jg., 1936.
- ⁴⁶ *Akten des Unterrichtsministeriums Akt 1000/45*, Archiv der Republik, Wien.
- ⁴⁷ Ebd.
- ⁴⁸ Brief von Viktor Matejka an Ernst Karl Winter vom 5. 3. 1946, DÖW Akt 15 060/77.
- ⁴⁹ Über analoge Fälle informiert SEBASTIAN MEISSL u. a. (Hrsg.), *Verdrängte Schuld... a. a. O.* (Fn. 25).
- ⁵⁰ ERICH HEINTEL, *Rezension von Othmar Spann, Religionsphilosophie auf geschichtlicher Grundlage* in: *Wissenschaft und Weltbild* 1. Jg., 1948, 310.
- ⁵¹ FRANZ MITZKA, *Rezension von Spanns Religionsphilosophie* in: *Wort und Wahrheit* 3. Jg., 1. Hbbd., 1948, S. 305. A. Knoll vertritt die Meinung, Spann hätte an dem Schleiermacherschen Indifferentismus nicht festgehalten: „Ihm ist die vollendetste Form der Religion doch das Christentum!“ In: *Die österreichische Furche* 22. 7. 1950. Ganz ähnlich argumentiert ROBERT MÜLLER-STERBERG, *Othmar Spann †*, in: *Wissenschaft und Weltbild* 3. Jg., 1950, S. 414 f.
- ⁵² AUGUST M. KNOLL, *Othmar Spann... a. a. O.* (Fn. 15). Daraus auch die folgenden Zitate.

- ⁵³ AUGUST M. KNOLL, *Von den drei Wesenstheorien der Gesellschaft. Individualismus, Totalismus, Personalismus*, Wien 1949. Daraus die folgenden Zitate.
- ⁵⁴ AUGUST M. KNOLL, *Rechtfertigung des weltlichen Standes*, in: *Wort und Wahrheit*, 2. Jg., 1947, S. 279.
- ⁵⁵ Ebd., S. 278.
- ⁵⁶ JOSEF DOBRETSBERGER, *Katholische Sozialpolitik am Scheideweg*, Graz 1947, S. 154.
- ⁵⁷ Ebd., S. 160.
- ⁵⁸ ERNST TOPITSCH, *Wissenschaft und Gesellschaft*, in: *Wissenschaft und Weltbild*, 2. Jg., 1949, S. 123 ff.; ders., *Max Webers Geschichtsauffassung* in: ebd., 3. Jg., 1950, S. 262 ff.
- ⁵⁹ Detaillierter s. CHRISTIAN FLECK, *Der Fall Brandweiner... a. a. O.* (Fn. 36) S. 80 ff.
- ⁶⁰ JOSEF DOBRETSBERGER, *Ein mißglücktes Experiment. Woran scheiterte die Ständeverfassung Österreichs von 1934?*, in: *Civitas* Jg. 1948/49, S. 86 ff.
- ⁶¹ AUGUST M. KNOLL, *Warum „scheiterte“ der österreichische Ständestaat 1934–1938? Eine Antwort auf die gleichnamige Frage J. Dobretsbergers*, in: *Civitas* Jg. 1948/49, S. 403 ff., S. 496 ff., S. 604 ff. Vgl. GERHARD BOTZ, *Krisenzonen einer Demokratie. Gewalt, Streik und Konflikunterdrückung in Österreich seit 1918*, Frankfurt 1987; EMMERICH TÁLOS/WOLFGANG NEUGEBAUER (Hrsg.), *Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938*, Wien 1984; CHARLES A. GULICK, *Österreich von Habsburg zu Hitler*, Wien 1976.